

Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen und Universitätsklinika NRW

1. Forschung zu Künstlicher Intelligenz und maschinellem Lernen sind mit die größten Zukunftsthemen unserer Zeit. Welchen Wert misst Ihre Partei diesbezüglich der Diskriminierungsfreiheit bei und wie soll diese inhaltlich verankert werden?

Wir wollen bei der Regulierung von künstlicher Intelligenz mehr Transparenz und einen risikobasierten Ansatz für passgenaue Regeln auf europäischer Ebene. Algorithmische Entscheidungssysteme haben bereits heute einen starken Einfluss auf jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns, sowie auf unsere Gesellschaft insgesamt. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, in die Forschung von „Explainable Artificial Intelligence“ zu investieren und Entscheidungen von algorithmischen Entscheidungssystemen für alle Betroffenen besser begreifbar zu machen. Zudem haben wir die Gründung einer „Stiftung Künstliche Intelligenz (KI)“ vorgeschlagen. Sie soll gezielt in die Entwicklung KI-basierter Dienste und Technologien für Bürgerinnen sowie Bürger und den Mittelstand sowie zur Modernisierung der Verwaltung investieren. Die Stiftung soll unsere Stärken bündeln, Synergien schaffen und Anreize für die intensivere Forschung sowie Entwicklung dieser wichtigen Zukunftstechnologien unterstützen. Dadurch ergeben sich auch starke Impulse für die Forschungs- und Start-up-Landschaft in unserem Land.

2. Die KI-Strategie der Bundesregierung sieht die Einrichtung von zusätzlichen KI-Kompetenzzentren und über 100 KI-Professuren vor. Durch welche Maßnahmen stellen Sie sicher, dass hierbei Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema berücksichtigt wird?

In Regierungsverantwortung haben wir bereits die Kompetenzplattform KI.NRW initiiert, welche unter anderem die Entwicklung eines Prüfkatalogs für eine Zertifizierung zum zuverlässigen und verantwortungsvollen Einsatz von KI-Anwendungen auf den Weg gebracht hat. In diesem Zusammenhang werden neben mathematisch-technischen Aspekten auch die wirtschaftliche, politische und gesellschaftspolitische Bedeutung von KI in den Blick genommen.

3. Wie schützt Ihre Partei die grundgesetzlich gebotene Gleichstellung der Geschlechter vor sich mehrenden antifeministischen Anfeindungen? Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen und wie positioniert sie sich in der oft nicht sachlich geführten Debatte über eine diskriminierungsfreie Sprache?

Wir gestalten eine neue Gleichstellungspolitik für alle Geschlechter. Dort, wo Benachteiligungen vorliegen, wollen wir politisch agieren, unabhängig, ob es sich um eine Benachteiligung von Frauen, Männern oder diversen Personen handelt. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität treten wir entschieden entgegen. Deswegen wollen wir dafür sorgen, dass Straftaten aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Orientierung entsprechend benannt sowie zeitnah verfolgt und angeklagt werden. Eine pluralistische Gesellschaft muss sich auch in der Sprache widerspiegeln. Die bereits in § 4 Landesgleichstellungsgesetz NRW festgeschriebene Formulierung „In Vordruckten sind geschlechtsneutrale Personenbezeichnungen zu verwenden“ ist daher angemessen.

4. Welche Landesprogramme zur Förderung der Chancengleichheit in der Wissenschaft sollen aufgelegt/fortgeführt und wie viele Mittel sollen bereitgestellt werden? Welche Gewichtung soll Gleichstellung bei der LOM erhalten und wie werden Sie Chancengerechtigkeit in allen Förderungen des Landes verankern?

Wir wollen geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren sowie diskriminierende Vergaben von Leistungsbezügen weiter konsequent abbauen. Anstatt weiterer Quoten brauchen wir einen kontinuierlichen Kulturwandel, der durch mehr weibliche Role Models, Netzwerkmöglichkeiten und Mentoring ebenso unterstützt werden soll wie durch transparentes Controlling von Mitarbeitenden- und Gehaltsstrukturen.

5. Welchen Frauenanteil sieht Ihre Partei als Zielzahl bis zum Jahr 2027 bei den Professuren an den Hochschulen, den Hochschulräten NRWs und Führungspositionen in den außeruniversitären Forschungseinrichtungen? Welche Maßnahmen ergreifen Sie zur Erreichung dieses Ziels?

Wir wollen geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren etwa durch transparente und diskriminierungsfreie Berufungsverfahren entgegenwirken. Zudem wollen wir etwa durch den Ausbau des Tenure-Track-Programms Karrierewege in der akademischen Welt planbarer und transparenter machen, um die Wissenschaft als Berufsfeld insgesamt aufzuwerten und mehr Frauen für eine Karriere in der Wissenschaft zu begeistern. Zudem wollen wir in Zusammenarbeit mit den Hochschulen, insbesondere solchen die bereits Erfahrung und Erfolge im Mentoring haben, ein landesweites Mentoringprogramm für neue sowie angehende Professorinnen sowie Frauen in Hochschulleitungen entwickeln. Wir lehnen es allerdings ab, den Hochschulen und Forschungseinrichtungen konkrete Quoten vorzuschreiben, wir halten an der Hochschulfreiheit fest.

6. Das Landesgleichstellungsgesetz NRW stellt die Weisungsungebundenheit der Gleichstellungsbeauftragten sicher. Welche Mittel sind nach Ansicht Ihrer Partei für eine effektive Gleichstellungsarbeit den zentralen Gleichstellungsbeauftragten und ihren dezentralen Vertreterinnen zur Verfügung zu stellen?

Wir unterscheiden nicht, welches Geschlecht benachteiligt wird, sondern wenden uns gegen die Benachteiligung an sich, ungeachtet dessen, wen es trifft. Es gilt, die im Einzelfall Benachteiligten oder Schwächeren zu schützen. Das zentrale Mittel ist hierbei das Landesgleichstellungsgesetz, das wir vor diesem Hintergrund zu einem Landesdiversitätsgesetz weiterentwickeln und den heutigen Lebensverhältnissen anpassen wollen. Im Rahmen der Neufassung werden wir klarstellen, dass unter Gleichstellung die Gewährleistung von Gleichberechtigung für alle Geschlechter zu verstehen ist. Das Landesdiversitätsgesetz soll daher u. a. die Belange von Männern und Diversen aufnehmen und sie als Bewerbende für das Amt des/ der Diversitätsbeauftragten zulassen.

7. Die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Universitätsklinika in NRW vertritt hochschulübergreifend die politischen Forderungen der Gleichstellungsbeauftragten. Setzt sich Ihre Partei für eine Entfristung der Geschäftsstelle der LaKof NRW ein?

Wir unterstützen die wichtige Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen und Universitätsklinika in NRW und setzen uns dafür ein, diese weiterhin mit Landesmitteln zu unterstützen.

8. Was planen Sie, um die Nachteile im Karriereweg von Wissenschaftler*innen, die während der Corona-Krise für Eltern (v.a. Mütter) entstanden sind, auszugleichen und welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei um diese zukünftig zu verhindern?

Wir wollen geschlechterspezifische Aufstiegsbarrieren sowie diskriminierende Vergaben von Leistungsbezügen in der Forschung weiter konsequent abbauen. Um für Studierende sowie Forscherinnen und Forscher attraktiver zu sein, setzen wir uns für den Ausbau von Kinderbetreuung für Studierende, Lehrende und Beschäftigte ein. Um Karrierewege in der akademischen Welt planbarer und transparenter zu machen, wollen wir das Tenure-Track-Programm weiter ausbauen.